



NIEDERSCHRIFT

über die 29. Sitzung des Stadtrates
der Stadt Landau in der Pfalz
am Dienstag, 27.06.2017,
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:52



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

LKR

Georg Schmalz

FDP

Jochen Silbernagel



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Roland Schneider

(Projektgruppe Landau baut Zukunft)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Klaus Kißel

(Ortsvorsteher Arzheim)

Rolf Kost

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

CDU

Susanne Höhlinger

SPD

Prof. Peter Leiner

Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Teilnahme der Stadt Landau in der Pfalz an der „Fairtrade-Towns-Kampagne“
Vorlage: 350/086/2017
3. Landau baut Zukunft
 - 3.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan
Vorlage: 240/065/2017
 - 3.2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017; Ergänzungsvorlage zur Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung; Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner zum Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung inkl. Anlagen
Vorlage: 240/067/2017
 - 3.3. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2030 der Stadt Landau
Vorlage: 610/462/2017
 - 3.4. Initiative Landau baut Zukunft -
Vorbereitende Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. v. m. §§ 137 – 141 Baugesetzbuch (BauGB) für zwei Bereiche im Westen der Kernstadt Landau; Reduzierung des räumlichen Geltungsbereichs
Vorlage: 040/010/2017
 - 3.5. Bebauungsplan „D12, Gewerbepark Messegelände-Südost“;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/458/2017
 - 3.6. Wohnungsbaugesellschaft Landau
Vorlage: 820/214/2017
4. Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Waldwerkstatt Taubensuhl
Vorlage: 101/370/2017
6. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: 100/228/2017
7. „Haus zum Maulbeerbaum“, Marktstraße 92 und 94
Vorlage: 230/306/2017



8. Vergabe von Maler- und Schreinerarbeiten zum Unterhalt von Sitzbänken, Tischen und Sitzhockern mit Holzbelag im Stadtgebiet von Landau für den Zeitraum 2017 und 2018
Vorlage: 350/088/2017
9. Bebauungsplan „A 14, Weißquartierplatz“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).
Vorlage: 610/459/2017
10. Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).
Vorlage: 610/460/2017
- 10.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Schaffung von gefördertem Mietwohnungsbau im Neubaugebiet „Südlich Breiter Weg“
Vorlage: 101/371/2017
11. Zustimmung zur Änderung der Satzung über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Neckar
Vorlage: 660/136/2017
12. Bildung Geschäftsbereiche im Vorstand des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau
Vorlage: 860/333/2017
13. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bemängelte, dass es nicht genügend Plätze für Zuhörer im Ratssaal gebe. Der Ratssaal müsse entsprechend umgestaltet werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man vieles wünschenswerte gerne noch optimieren würde. Wenn man die Mittel hierfür hätte, würde man es auch tun. Auch der Ältestenrat habe sich bereits mit diesem Thema befasst.

Ein weiterer Einwohner sprach für die Bürgerinitiative „Lebensqualität Weißquartierplatz“. Er fragte, wo die Stadtverwaltung die Grenzen der Bürgerbeteiligung sehe. Welche Kriterien würden angewandt und welche nicht?

Der Vorsitzende erklärte, dass die Grenzen der Bürgerbeteiligung in der Gemeindeordnung vorgegeben seien. In Landau habe man ein sehr weitreichendes Konzept der Bürgerbeteiligung entwickelt. Letztlich aber müssten die entscheidenden Abstimmungen im Rat stattfinden, dieser Gesamtverantwortung könne sich der Stadtrat nicht entziehen.

Ein Einwohner Queichheims übergab dem Oberbürgermeister eine Unterschriftenliste der Bürgerinitiative „Queichheim XXL – Nein Danke! -.

Eine Einwohnerin wollte wissen, wann sich der Bürgerbeteiligungsrat den Landauer Bürgern vorstelle.

Der Vorsitzende betonte, dass die Sitzungen des Beteiligungsrates öffentlich seien.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Teilnahme der Stadt Landau in der Pfalz an der „Fairtrade-Towns-Kampagne“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 1. Juni 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die bisherigen Versuche, Landau als „Fairtrade-Town“ zu positionieren sei jeweils an der Haushaltslage gescheitert. Jetzt habe sich erfreulicherweise eine bürgerschaftliche Initiative gegründet, die nun die Möglichkeit der Beteiligung ohne Belastung des Haushaltes bietet. Die Getränke hier im Sitzungsbereich würden dann auf 1 Euro angehoben.

Frau Weyrauch unterstrich, dass Grundprinzip des fairen Handels mehr Gerechtigkeit im weltweiten Handel sei. Es gehe dabei um faire Handelspraktiken, die Arbeitsbedingungen, keine Kinderarbeit, Recht auf Gewerkschaftsfreiheit und Transparenz. Die Initiativgruppe habe sich im September 2016 aus der Mitte der Landauer Gesellschaft gegründet. Für die Zertifizierung müssten fünf Kriterien erfüllt sein. Die Initiativgruppe übernehme die Steuerung, womit eines der Kriterien erfüllt sei. Das zweite Kriterium sei ebenfalls erfüllt, in dem man eine ganze Reihe von Einzelhandelsgeschäften und Gaststätten mit mindestens zwei fair gehandelten Produkten gefunden habe. Auch das Kriterium Bildungsveranstaltungen sei erfüllt, ebenso das Kriterium von mindestens vier Artikeln der örtlichen Presse pro Jahr. Nun fehle nur noch der Ratsbeschluss als letztes Kriterium. Darauf hoffe sie heute Abend und bitte den Stadtrat ein Zeichen zu setzen.

Herr Pfarrer Leonhard betonte, dass ihm der Aspekt der Zusammenarbeit von Stadt und Zivilgesellschaft besonders wichtig sei. Viele hätten sich den Gedanken einer „Fair-Trade-Stadt Landau“ zu eigen gemacht. Man wolle als Steuerungsgruppe Impulse setzen in Schulen und Kindergärten und in der Öffentlichkeit. Parteiübergreifend sei das Thema in den Stadtvorstand und den Stadtrat eingebracht worden. So könne man gemeinsam viel bewirken.

Der Vorsitzende dankte Frau Weyrauch und Herrn Pfarrer Leonhard für die Hartnäckigkeit, mit der beide das Thema verfolgt hätten.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass die Initiative zur Fair-Trade-Stadt uneingeschränkt geteilt werde. Es sei richtig, dies auf eine breite Grundlage zu stellen. Daher sei es wichtig, dass es die lokale Initiativgruppe gebe. Die CDU-Stadtratsfraktion gebe gerne das gewünschte Zeichen und werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Vogler unterstrich, dass gerade der Weltladen ein positives Zeichen gesetzt habe. Damals vor 20 Jahren sei der Anfang gemacht worden. Sie würde sich wünschen, dass nicht nur eine Schule, sondern auch die Grundschulen sich beteiligen. Damit könne man eine breite Basis schaffen.

Ratsmitglied Follenius-Büssow war überzeugt, dass die Fair-Trade-Kampagne in Landau eine gute Zukunft haben werde. Man mache einen Schritt hin zu mehr Bewusstsein für fairen Handel und Nachhaltigkeit. Die Anbindung an die Lokale Agenda halte sie für sehr sinnvoll. Eine städtische Verwaltung sollte hier eine gewisse Vorbildfunktion haben. Daher sollte die Stadtverwaltung im weiteren Verlauf eine systematische Umstellung der kommunalen Beschaffung angehen. Die Stadt Mainz sei hier vorbildhaft. Fair-Trade-Stadt müsse mehr als nur Imagegewinn und Etikett sein.



Ratsmitglied Klein war der Überzeugung, dass fairer Handel wichtig sei für faire Löhne. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion unterschiedlich abstimmen werde. Er werde sich bei der Abstimmung enthalten. Ihm fehle die Bereitschaft seitens der Stadt, dies wirklich konsequent umzusetzen. Dies zeige sich daran, dass man das ganze ohne Einsatz von Haushaltsmitteln machen wolle. Man sei von Fairtrade noch ein ganzes Stück entfernt, was man mache gehe nicht weit genug. Es werde sehr minimalistisch umgesetzt.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die ADD einer Beteiligung an der Initiative mit Haushaltsmitteln nicht zugestimmt hätte, da dies eine freiwillige Leistung wäre.

Ratsmitglied Dr. Blinn gab zu bedenken, dass bei Fairtrade politisch auch der Freihandel ins Spiel komme.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

- 1. an der Fairtrade-Towns-Kampagne teilzunehmen und den Titel „Fairtrade-Town“ (Fairtrade-Stadt) anzustreben. Hierzu sollen die fünf Kriterien der Fairtrade-Towns-Kampagne erfüllt werden.**
- 2. Die Initiativgruppe aus lokalen Organisationen, Institutionen und Unternehmen aus den unterschiedlichsten Bereichen von Kirche und Gesellschaft, Politik und Wirtschaft wird die Aufgabe als lokale Steuerungsgruppe übernehmen.**
- 3. Bei allen Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse sowie in den Büros des Stadtvorstandes wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet.**
- 4. Die Koordination innerhalb der Stadtverwaltung erfolgt durch das Büro der Lokalen Agenda beim Umweltamt.**
- 5. Der Preis für Getränke im Ratssaal und im Sitzungsbereich wird auf 1 Euro angehoben.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Landau baut Zukunft



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 23. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Landau baut Zukunft sei eine Initiative, die man in Rat und Verwaltung vor 15 Monaten gestartet habe. Dabei gehe es ausdrücklich nicht darum, Landau eine XXL-Entwicklung zu verpassen, sondern es gehe um eine bedarfsgerechte Zukunftsentwicklung. Es sei zugegebenermaßen ein sehr komplexes Verfahren und ja, es gebe offene Fragen. Der Verkehr sei sicherlich die größte Herausforderung. Die Marktentwicklung sei zu beobachten und die Preisgestaltung entsprechend anzupassen. Alle diese offenen Fragen würden Unruhe erzeugen, seien aber Ausdruck der Transparenz des Verfahrens. Man arbeite Stück für Stück offene Fragen ab und sei sich der Verantwortung bewusst. Man werde es nicht allen recht machen können, letztlich sei eine Abwägung zu treffen für die unterschiedlichen Aspekte. Fakt sei, dass man mehr Wohnraum brauche für uns, für Menschen die heute hier leben und für Menschen die hier arbeiten. Und man brauche Wohnraum für Familien. Es bleibe dabei, dass Innenentwicklung vor Außenentwicklung Vorrang behalte. Dies gelte im Übrigen auch für die Stadtdörfer. In besonderer Weise werde man die Belange der Winzer berücksichtigen und weitestgehend die weinwirtschaftlichen Betriebe schonen. Die heutigen Beschlüsse seien der Einstieg in ein ordentliches Baulandverfahren, der Nachtragshaushalt sei die Ermächtigungsgrundlage für das weitere Vorgehen. Es werde nur über einen kommunalen Zwischenerwerb gehen, denn man brauche die Steuerung der Bodeninanspruchnahme. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans sei längst überfällig. Ein weiterer Beschluss sei die Reduzierung des VU-Gebietes, es gebe aber noch keinerlei inhaltlichen Festlegungen. Das Thema Verkehrsregelung sei Thema im zweiten Halbjahr 2017. Schließlich fälle man heute auch noch den Aufstellungsbeschluss zum Gewerbegebiet D12 und zur Wohnungsbaugesellschaft, für die man eine Lösung entwickeln wolle. Dies sei ein sehr komplexer Bereich, hier seien noch viele Details zu regeln. Es gehe insgesamt um eine nachhaltige Stadtentwicklung und um die Daseinsvorsorge. Es gehe um ökonomische und ökologische Verantwortung auch für unsere Nachfahren. Vor diesem Hintergrund empfehle man die Zustimmung zu den vorgelegten Beschlussvorlagen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass Landau attraktiv sei. Daraus ergebe sich die Frage, wie man damit umgehe. Unternehmen wollen hier ansiedeln, bestehende Unternehmen erweitern. Daher stehe die CDU-Stadtratsfraktion im Interesse der Stadt dem Gewerbegebiet D 12 positiv gegenüber. Man dürfe Unternehmen, die zu uns kommen wollen, nicht abweisen. Es sei kein Selbstzweck Unternehmen anzusiedeln, sondern im Interesse der Stadt Landau.

Die Präsenz vieler Bürgerinnen und Bürger im Ratssaal zeige, wie sehr das Thema Landau baut Zukunft die Menschen bewege. Der Stadtrat müsse abwägen und entscheiden, was für die Bürger in ihrer Gesamtheit richtig und gut sei. Man wolle die Identität der Stadt bewahren und erhalten. Das Prinzip sei Innen- vor Außenentwicklung in der Innenstadt und in den Stadtdörfern. Es sei ein gestuftes Verfahren und das sei richtig so. Man könne nicht wissen, wie die Situation in 10 Jahren sei. Natürlich seien noch viele Punkte offen. Man werde eine Initiative starten, auch für die Innenstadt ein Einheimischenmodell zu machen.

Alle wollen eine Wohnungsbaugesellschaft, nur wollen alleine reiche nicht. Nur mit eigenen Mitteln werde das nicht funktionieren. Das vorgelegte Modell sei das einzig realistische Modell, alles andere sei Theorie. Die Sparkasse sei ein vernünftiger und



verlässlicher Partner. Dieses Modell sollte man gehen, es gebe keine Alternative. Man stehe vor weitreichenden Entscheidungen. Die CDU-Fraktion habe sich die Sache nicht leicht gemacht, nun sei das ganze entscheidungsreif. Der Nachtragshaushalt sei der Rahmen hierfür, er schaffe Transparenz für den Rat, die Bürger und die Aufsichtsbehörde. Es gebe viele gute Argumente für Pro und Contra. Die CDU-Stadtratsfraktion werde den Vorlagen zustimmen.

Ratsmitglied Vogler unterstrich, dass jeder ein berechtigtes Interesse habe. Es gehöre sicherlich Mut zu der Entscheidung heute. Fakt sei, dass der Verkehr auf der Wollmesheimer Höhe zunehme. Es müssten intelligente Lösungen gefunden werden. Landau sei gewachsen, weil Landau zunehmend attraktiver geworden sei. Man brauche Wohnraum für viele Menschen in allen Bereichen und für alle Bevölkerungsschichten. Menschen wollten in Landau leben und arbeiten, daher werde die SPD-Fraktion auch dem Gewerbegebiet D 12 zustimmen. Die SPD habe in der Fraktion sehr kontrovers diskutiert. Man werde sehr unterschiedlich abstimmen. Bei der Wohnungsbaugesellschaft wolle man nicht auf Sand bauen. Aus ihrer Sicht sei die Sparkasse ein guter Partner. Es sei dies der erste Schritt, dass man Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen bekomme. Wichtig sei ihr, weiter auf Baugemeinschaften zu setzen.

Man blicke in die Zukunft unserer Stadt. Wichtig sei, dass es auf die Freiwilligkeit des Verkaufs der Grundstücksflächen hinauslaufe. Eine Enteignung sei damit quasi vom Tisch. Probleme müssen gelöst werden, aber dies sei machbar.

Ratsmitglied Hartmann gab zu bedenken, dass durch die geplante Bebauung wertvolle Böden, die über Jahrhunderte entstanden seien, für immer verloren gingen. Es werde ein Verlust an Lebensraum für Tier- und Pflanzenwelt geben. Mit dem Verkehr werde man Lärm und Luftverschmutzung ernten. Nun sei Flächenverbrauch nicht gleich Flächenversiegelung, dennoch werde sich das Klima dadurch verschlechtern. All dies seien Gründe für Bündnis 90/Die Grünen, dieses Vorhaben generell abzulehnen. Man müsse die Funktion einer Stadt ernst nehmen auch als ein Ort, in dem Wohnraum geschaffen werde für Menschen die sich kein Einfamilienhaus leisten könnten. Dennoch gestehe er zu, dass diese Stadt wachse und noch weiter wachsen werde. Allerdings hätten sich alle Bevölkerungsprognosen als falsch erwiesen. Die Verwaltung plane, dass bis 2030 in Mehrfamilienhäusern 1.300 Wohneinheiten entstehen sollen. Mit Landau baut Zukunft wolle man sogar 2.500 Wohneinheiten in 12 Jahren schaffen. Dies müsse man auch vor den Fehlern der Vergangenheit betrachten. So seien im Wohnpark Am Ebenberg nur 900 Wohneinheiten geplant worden, keine einzige Sozialwohnung sei dort entstanden. Mit dem Beschluss heute werde es auch immer unwahrscheinlicher, dass die Fläche des ehemaligen Rangierbahnhofs jemals bebaut werde. Die Flächen, die zur Bebauung vorgesehen sind, seien auch nicht für sozialen Wohnungsbau geeignet. Er halte auch die Verkaufsbereitschaft für höchst fragwürdig. Wenn man ernsthaft die Stadt erhalten wolle, dann müsse man auch die städtische Struktur erhalten. Die Vorgehensweise aber, wie sie heute vorgetragen werde, sei falsch. Aus all diesen Erwägungen heraus lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die nachfolgenden Vorlagen ab.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass der FWG die ganze Entwicklung auch Sorge bereitet habe. Man müsse aber wirklich die Gesamtentwicklung sehen. Landau wachse schneller als prognostiziert. Die Leute würden mit den Füßen abstimmen, da habe man gar keine Chance. Zudem habe sich in den letzten zwei Jahrzehnten der qm-Verbrauch pro Person verdoppelt. Der Rat sei sich einig bei dem Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Man wolle verdichten, allerdings dürfe es auch nicht zu dicht werden. Er sei der Auffassung, dass man auch in der Innenstadt das



Einheimischenmodell zumindest andenken müsse. Auch über den Bodenpreis werde zu diskutieren sein. Man werde auch an kleineren Wohneinheiten nicht vorbeikommen. Nachvollziehbar sei, dass es über einen kommunalen Zwischenerwerb erfolgen solle. Die Wohnungsbaugesellschaft sei schon immer ein schwieriges Thema. Der jetzt gefundene Kompromiss sei eine gute Lösung.

Die Probleme der Winzer müsse man ernst nehmen. Man sehe aber eine grundsätzliche Entwicklung auf die man reagieren müsse. Der Bedarf sei definitiv vorhanden, man müsse darauf reagieren. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme den vorgelegten Beschlüssen zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass man Ja sage zur Pfälzer Landschaft und zum Weinbau als Wirtschaftsgrundlage. Man glaube nicht das soziale Märchen, das hier aufgetischt werde. So wie diese Initiative angelegt sei, verbaue Landau seine Zukunft. Aus dem was heute hier vorliege sei nicht ersichtlich, dass es tatsächlich zur Schaffung von preiswertem Wohnraum komme. Sie weise auch darauf hin, dass sich die Ortsbeiräte von Arzheim und Wollmesheim gegen diese Initiative ausgesprochen hätten. Wenn man das so mache wie vorgeschlagen, dann franze Landau an den Rändern aus in die Fläche. Dies sei keine Innenentwicklung mehr. Man könne es sich nicht leisten, weiterhin so viel Bodenfläche zu verbrauchen, die Bodenressourcen seien endlich. Durch diesen Nachtragshaushalt würden heute Fakten geschaffen und Pflöcke eingerammt. Trotz der Reduzierung sei die Fläche für die vorbereitende Untersuchung immer noch zu groß. Den Gewerbecamp lehne die Pfeffer- und Salz-Fraktion ab. Man müsse mit Boden anders umgehen, man könne auch platzsparender bauen. Es gebe eine ganze Reihe von Widersprüchen, die die Verwaltung nicht auflösen könne. Deshalb sage die Pfeffer- und Salz-Stadtratsfraktion Nein zu den Vorlagen.

Ratsmitglied Vogler entgegnete zu den Ausführungen von Herrn Hartmann, dass man es sich mit der Feststellung zu einfach mache, dass es aufgrund von vielen Häusern die nur noch mit einer Person über 70 Jahren bewohnt sind zu potentiellen Leerständen komme. Ältere Menschen wollten selbstbestimmt leben. Man könne die Menschen doch nicht zwangsumsiedeln. Auch stelle sich ihr die Frage, ob es bei verdichteter Bauweise denn keine Verkehrsprobleme gebe.

Ratsmitglied Hartmann erwiderte, dass für viele ältere Menschen ein Mehrfamilienhaus mit Aufzug durchaus eine Alternative sein könne. Fakt sei, dass zwei Drittel der Gebäude in Landau Einfamilienhäuser seien. Selbstverständlich bleibe die Verkehrsproblematik auch bei einer verdichteten Bebauung. Je dichter aber bebaut sei, umso unnötiger werde ein Auto.

Der Vorsitzende stellte klar, dass man die Fläche bewusst genauso gewählt habe, damit man immer reagieren könne.

Ratsmitglied Wagner wollte wissen, wann die Sozialwohnungen unter Oberbürgermeister Dr. Wolff verramscht worden seien. Es gebe Fragen, die seien seit Monaten offen und bis heute nicht beantwortet. Transparenz sehe für ihn anders aus.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Wohnungen Ende der 90er-Jahre veräußert worden seien. Hintergrund sei gewesen, dass man die Mittel für ein anderes Sozialprojekt benötigt habe. Durch die Wohnungsbaugesellschaft solle eine Verdopplung der Wohnungen von derzeit 250 auf 500 erfolgen. Hinsichtlich der offenen Fragen verweise er darauf, dass man das Verfahren bewusst so gewählt habe.



Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass die CDU im Gegensatz zu den Grünen einen breiten Mix haben wolle. Man sei überzeugt, dass es richtig sei, den Menschen nach ihrem Gusto Angebote zu machen.

Ratsmitglied Lichtenthäler stellte klar, dass keine Wohnungen verramscht worden seien. Die damalige Veräußerung sei ein Sonderfall und der Situation Birnbachsiedlung geschuldet gewesen. Ein weiterer Verkauf der restlichen Wohnungen sei vom Rat verhindert worden. Das Problem sei dem Rat bekannt gewesen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Wohnungsbaugesellschaft zustimmen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass seit 20 Jahren das Thema Wohnungsbaugesellschaft immer wieder aufgerufen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 27 Ja- und 14 Nein-Stimmen:

den Nachtragshaushalt 2017, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	131.966.725 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>144.205.890 €</u>
Jahresfehlbetrag	-12.239.165 €
2. im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	125.135.681 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>132.009.940 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	-6.874.259 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	8.376.878 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>16.214.229 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-7.837.351 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	15.757.810 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.046.200 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	14.711.610 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	149.270.369 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>149.270.369 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0

3. über den Nachtragstellenplan



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.2. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2017; Ergänzungsvorlage zur Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung; Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner zum Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung inkl. Anlagen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 14. Juni 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 27 Ja- und 14 Nein-Stimmen:

die Hinweise der Einwohnerinnen und Einwohner zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragstellenplan zur Kenntnis zu nehmen und den nachfolgend genannten Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu den eingereichten Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.3. (öffentlich)

Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2030 der Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 23. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 27 Ja- und 14 Nein-Stimmen:

- 1. die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans ortsüblich bekanntzumachen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt die Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, bei der die durch die städtebauliche Planung verursachten voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden, durchzuführen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.4. (öffentlich)

Initiative Landau baut Zukunft -

**Vorbereitende Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. v. m. §§ 137 – 141 Baugesetzbuch (BauGB) für zwei Bereiche im Westen der Kernstadt Landau;
Reduzierung des räumlichen Geltungsbereichs**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Projektgruppe Landau baut Zukunft vom 29. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja- und 15 Nein-Stimmen:

1. die Reduzierung des räumlichen Geltungsbereichs der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. V. m. §§ 137 – 141 BauGB auf den in Anlage 1 gekennzeichneten Flächenumgriff bzw. die in der Anlage 3 benannten Flurstücke.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Reduzierung des räumlichen Geltungsbereichs der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. V. m. § 141 Abs. 3 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und dabei auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.5. (öffentlich)

Bebauungsplan „D12, Gewerbepark Messegelände-Südost“; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 9 Nein-Stimmen:

1. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Queichheim östlich der Kraftgasse, südlich der L 509, westlich der Autobahn A 65 und nördlich der ehemaligen Bahntrasse nach Mörlheim wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan „D12, Gewerbepark Messegelände-Südost“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „D12, Gewerbepark Messegelände-Südost“ ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.6. (öffentlich)

Wohnungsbaugesellschaft Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 6. Juni 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

1. den Zwischenbericht zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und spricht sich für die Weiterverfolgung der Rechtsform der GmbH & Co.KG als Personengesellschaft aus.
2. die Verwaltung zu beauftragen, mit der Sparkasse Südliche Weinstraße über eine hälftige Beteiligung zu verhandeln, sofern sich die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Energie Südwest AG nicht erfüllen lassen.
3. die Verwaltung zu beauftragen, mit der Aufsichts- und der Steuerbehörde die Möglichkeiten einer hybriden Finanzierung möglichst umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc

Frau Maroc verwies auf ihren den Ratsmitgliedern vorliegenden Bericht. Im letzten Bericht habe sie dem Stadtrat ihr Konzept vorgestellt, um den Rat für Fragen der Universität und ihrer Studierenden zu stärken, ihn effizienter zu gestalten. Man habe einen Arbeitskreis Mobilität und Universität geschaffen. Eines der wichtigsten Themenfelder sei nach wie vor die Kommunikation. Ihr Amt sei ein Kommunikationsschnittpunkt zwischen der Universität und der Stadt. Die Universität richte ihren Fokus immer mehr auf den Transfer. So sei eine Stelle geschaffen worden, die ausschließlich für den Wissenstransfer zuständig sei. Seit April 2017 gebe es mit Frau Prof. Dr. Gabriele Schaumann eine neue Vizepräsidentin. Sie würde es begrüßen, Frau Prof. Dr. Schaumann im Herbst in den Stadtrat einzuladen.

In ihrer Funktion als Universitätsbeauftragte sei sie in verschiedenen Projektarbeiten eingebunden. Ein Projekt sei nach wie vor das Workloadpunkte-Projekt. Die „Erst-Tüten“ würden wieder aufgelegt und es gebe eine Kampagne zur Anmeldung des Erstwohnsitzes. Nächstes Projekt sei ein Stand auf dem Wochenmarkt zur Aufklärung über nachhaltige und gesunde Ernährung. Möglicherweise schaffe man es auch, dass sich die Universität an der Fairtrade-Town-Kampagne beteiligt.

Ab Oktober werde man versuchen, die Parkraumsituation am Campus zu entspannen. Sollte dies nicht zum gewünschten Erfolg führen, habe sie ein eigenes Parkraumkonzept erarbeitet.

Der Vorsitzende betonte, dass der Bericht zeige, dass die Arbeit der Universitätsbeauftragten Früchte trage.

Ratsmitglied Lerch bat um Erläuterung zum angesprochenen Parkraumkonzept.

Ratsmitglied Vogler dankte Frau Maroc für ihren Bericht. Es sei gut und wichtig zu erfahren, was an der Universität passiere und welche großen und kleinen Probleme die Studierenden haben. Sie würde gerne wissen, wie viele Anfragen es von Studierenden gebe.

Ratsmitglied Maroc unterstrich, dass das angesprochene Parkraumkonzept ihr eigenes sei. Dabei gehe es nur um den PkW-Verkehr und es komme nur zum Tragen, wenn der Probelauf des Konzeptes der Universität nicht greifen sollte. Anfragen habe sie im Schnitt zwei pro Woche, deutlich mehr als im Vorjahr.

Ratsmitglied Dürphold erklärte, dass die Universität aus Landau nicht mehr wegzudenken sei. Ihn interessiere, was für Anfragen dies seien, die sie als Universitätsbeauftragte erreichen.

Ratsmitglied Maroc antwortete, dass die meisten Anfragen Kommunikationsanfragen seien.

Ratsmitglied Wagner unterstützte das Anliegen, die Kooperation zwischen der Stadt und der Universität zu verbessern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Waldwerkstatt Taubensuhl

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. Juni 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Über Jahre sei die Waldwerkstatt als außerschulischer Lernort gepflegt worden. Seit der Auflösung des IFU bei der Universität gebe es keinen Träger mehr für die Waldwerkstatt. Das Gebäudemanagement habe einen erheblichen Sanierungsbedarf am Dach festgestellt. Hierfür seien 45.000 Euro im Haushalt des Gebäudemanagements vorgesehen. Dieses Geld könne man aber nur ausgeben, wenn es ein Konzept und einen Träger für das Haus gebe. Dankenswerterweise gebe es die Bemühungen von Herrn Beigeordneten Klemm, einen Trägerverein für die Waldwerkstatt zu gründen. Seit man über einen Abriss der Waldwerkstatt nachdenke, wenn sich kein Trägerverein findet, sei eine gewisse Dynamik in die Sache gekommen. Daher schlage er vor, den Antrag zurückzustellen, bis Herr Beigeordneter Klemm über das Ergebnis seiner Bemühungen um einen Trägerverein berichten könne.

Ratsmitglied Thiel erklärte, dass es der SPD-Stadtratsfraktion um den Erhalt des Hauses gehe. Seiner Fraktion gehe es darum, ein Zeitfenster zu öffnen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. Juni 2017 wird zurückgestellt und von Herrn Beigeordneten Klemm in seinen Bemühungen zur Gründung eines Trägervereins für die Waldwerkstatt mitberücksichtigt. Spätestens zu den Haushaltsberatungen 2018 ist eine Entscheidung zu treffen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Oberbürgermeister Hirsch war als Geschäftsführer der Stadtholding gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 31. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

dem beigefügten Entwurf der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

„Haus zum Maulbeerbaum“, Marktstraße 92 und 94

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 20. Juni 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man habe oft im Stadtrat über die Zukunft dieses Hauses gesprochen. Durch unterschiedlichste Anstrengungen sei es gelungen, jetzt ein Konzept vorzulegen um das Haus zu erhalten. Es sei dies ein gutes Zeichen für die historische Verantwortung der Stadt und für das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass dies ja fast schon eine „Never-ending-Story“ sei. Er habe zwischenzeitlich die Hoffnung schon fast aufgegeben. Mit diesem Paket sei jetzt die Grundlage geschaffen für die Instandsetzung des Hauses. Die CDU-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Ratsmitglied Vogler war froh über die Menschen, die sich für den Erhalt stark gemacht hätten. Daher stimme die SPD-Stadtratsfraktion mit Freude zu.

Ratsmitglied Hartmann freute sich über den Erhalt des Hauses. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage gerne zu.

Ratsmitglied Freiermuth teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion nicht zustimmen werde. Für das Haus gebe es nach wie vor kein absehbares Konzept. Auch die Finanzierung sei immer noch ungeklärt. Die Genossenschaft habe bisher 100.000 Euro. Dies sei noch weit von den 800.000 Euro entfernt, die die Genossenschaft versprochen habe. Hier würden Steuergelder verbrannt, es gebe kein Konzept. Auch von den Fresken wisse man nichts, hier würde ihn ohnehin der derzeitige Sachstand interessieren. Auch der historische Bezug sei mehr als fragwürdig.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es sich um einem negativen Verkehrswert des Grundstückes handle. Ohne öffentliche Mittel könne man eine rentierliche Investition nicht darstellen. Die Genossenschaft werde jetzt zunächst eine Bestandssanierung durchführen. Er schlage vor, dass man im Bauausschuss nochmal über den Stand bei den Fresken informiere.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass dieses Projekt eine überparteiliche Sache sei. Bürgerinnen und Bürger hätten sich in der Genossenschaft für dieses Haus eingesetzt. Diese von vielen getragene Initiative habe heute einen positiven Beschluss verdient.

Ratsmitglied Follenius-Büssow erwiderte auf die Aussagen von Herrn Freiermuth, dass das Verständnis der FWG von historischen Gebäuden zweifelhaft sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

- a) dass die Genossenschaft Haus zum Maulbeerbaum eG i.Gr. durch die Stadt Landau in der Pfalz bevollmächtigt wird, für die Durchführung des ersten Sanierungsabschnittes für das Haus zum Maulbeerbaum Zuwendungsanträge beim Bund und beim Land zu stellen.
- b) das Eigentum des „Haus zum Maulbeerbaum“ (Marktstraße 92 und 94, 76829 Landau in der Pfalz) nach Eintragung der Genossenschaft in das



Genossenschaftsregister unter Beachtung der Anforderungen zu „G“ dieser Sitzungsvorlage auf diese zu übertragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Vergabe von Maler- und Schreinerarbeiten zum Unterhalt von Sitzbänken, Tischen und Sitzhockern mit Holzbelag im Stadtgebiet von Landau für den Zeitraum 2017 und 2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 12. Juni 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Vergabe von Maler- und Schreinerarbeiten an Sitzbänken, Tischen und Sitzhocken mit Holzbelag im Stadtgebiet von Landau für den Zeitraum 2017 und 2018 an die Gemeinnützige Gesellschaft für Nachsorge und Rehabilitation mbH, Alfred-Nobel-Platz 1 in Landau in der Pfalz, Auftragssumme brutto 69.941,62€, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Bebauungsplan „A 14, Weißquartierplatz“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es gehe um die Gesamtbetrachtung des innerstädtischen Bereiches ausgehend von der Umgestaltung der Königstraße. Jetzt solle ein städtebaulicher Ideenwettbewerb eröffnet werden, um zu sehen welche Möglichkeiten es gebe.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass es um eine Überprüfung der Möglichkeiten gehe. Dies sei auch die Intention des CDU-Antrages gewesen. Wenn man Ergebnisse und Fakten habe, müssten diese mit den Bürgern besprochen werden. Mit dem heutigen Beschluss treffe man keinerlei Vorfestlegung.

Ratsmitglied Vogler unterstrich, dass der heutige Beschluss nicht bedeute, dass in jedem Fall ein Parkhaus auf dem Weißquartierplatz komme. Wahr sei, dass der Platz wirklich nicht mehr schön sei. Es gebe dort bestimmt viele Möglichkeiten, so dass sich dort durchaus auch etwas positives entwickeln könne. Die SPD-Stadtratsfraktion werde unterschiedlich abstimmen.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ablehnen werde. Mit der Vorlage wandere lediglich der Fokus von der Königstraße in die Weißquartierstraße. Die Grünen aber wünschten sich, dass der Fokus die gesamte Innenstadt zeige. Man hatte gehofft, dass der Stadtvorstand die politische Ideenlosigkeit für die südöstliche Innenstadt aufgebe. Das was vorgelegt werde, sei aber nicht das richtige Vorgehen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass es Sinn mache den Bereich des Weißquartierplatzes zu untersuchen. Wie die weitere Entwicklung dann verlaufe, wisse man nicht. Er sei dafür, auch an eine Tiefgarage zu denken, selbst wenn es höhere Kosten wären. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehnen werde. Er rege an, über ein elektronisches Parkleitsystem in Landau nachzudenken. Durch ein Parkhaus auf dem Weißquartierplatz würden auch die dortigen Grünflächen zur Disposition stehen.

Ratsmitglied Schmitt lehnte die Vorlage ebenfalls ab. Er sei der Auffassung, dass die Wohnqualität am Weißquartierplatz Priorität vor Parkflächen haben müsse. Dieser Platz habe eine gewachsene Struktur. Im Gegensatz zu den Anwohnern der Königstraße habe man die Anwohner am Weißquartierplatz noch nicht nach ihrer Meinung hierzu gefragt. Die betroffenen Bürger hätten innerhalb kürzester Zeit mehr als 2000 Unterschriften gesammelt. Dies müsse für den Rat als Entscheider auch eine Bedeutung haben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 27 Ja,- 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- 1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet in der Gemarkung Landau, östlich der Bebauung an der Weißquartierstraße , südlich der Queich, westlich der Bebauung an der Moltkestraße und nördlich der Bebauung an der Martin-Luther-Straße wird für die Erweiterung des Parkraumangebotes sowie zur**



städtebaulichen Neuordnung des Stadtplatzes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan „A 14, Weißquartierplatz“ aufgestellt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „A 14, Weißquartierplatz“ ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dieses Areal sollte ca. 50 Wohneinheiten umfassen. Nun habe man eine zusätzliche Nachverdichtung geprüft, um weiteren zusätzlichen Wohnraum schaffen zu können. Die Frage der Nachverdichtung sei leider nicht korrekt mit dem Ortsteil abgestimmt worden. Mit dem heutigen Beschluss steige man in das planerische Verfahren ein. Unmittelbar nach den Sommerferien werde man eine Bürgerveranstaltung im Stadtteil Queichheim machen. Es gehe vor allem um die verkehrliche Erschließung dieses Areals und um die Frage der Entwässerungsstruktur in diesem Gebiet. Wenn sich diese Planung verfestigt habe, wäre der richtige Zeitpunkt um dann den vorliegenden Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu beraten. Klar sei, dass es sozialen Wohnraum dort geben werde. Mit welcher Quote sollte man dann entscheiden, wenn man die Struktur der Bebauung vorliegen habe.

Ratsmitglied Schmitt begründete den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja,- 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet in der Gemarkung Queichheim, südlich der Bebauung am Breiten Weg, westlich der Bebauung an der Kraftgasse, nördlich der Landesstraße L 509 sowie östlich der Bebauung an der St.-Elisabethen-Straße wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ ortsüblich bekannt zu machen sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10.1. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Schaffung von gefördertem Mietwohnungsbau im Neubaugebiet "Südlich Breiter Weg"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19. Juni 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 10 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19. Juni 2017 wird Teil des Bebauungsplanverfahrens und zu gegebener Zeit im Stadtrat beraten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Zustimmung zur Änderung der Satzung über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Neckar

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. Mai 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den im Sachverhalt erläuterten Änderungen der vom ZRN erlassenen Satzung über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Neckar in den Gremien des ZRN zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Bildung Geschäftsbereiche im Vorstand des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 7. Juni 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der nachfolgenden Bildung von Geschäftsbereichen für den Vorstand beim Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR (EWL) wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Verschiedenes

Zu diesem Punkt war nichts zu protokollieren.



Die Niederschrift über die 29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 27.06.2017 umfasst 26 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 233.

Vorsitzender

Gesehen

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter